

Antrag

der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, Heidrun Dittrich, Diana Golze, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Folgen der Krise für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abmildern – ALG I befristet auf 24 Monate verlängern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Einbruch am Arbeitsmarkt ist geringer als befürchtet wurde. Dies ist auf die stabilisierende Wirkung des verlängerten Kurzarbeitergeldes zurückzuführen. Viele der derzeit von Kurzarbeit Betroffenen sind aktuell von Arbeitslosigkeit bedroht. Um drastische Einkommens- und Vermögensverluste durch einen anschließenden Absturz in Hartz IV zu verhindern, ist die längere finanzielle Absicherung privater Haushalte durch das Arbeitslosengeld I in der Wirtschaftskrise vorübergehend ein zwingendes Gebot. Ein verlängerter Zeitraum zur Suche oder Weiterbildung innerhalb des ALG-I-Bezuges eröffnet den Betroffenen größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Nicht zuletzt wird verhindert, dass ihre Kaufkraft noch weiter sinkt. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wird stabilisiert.

Angesichts der derzeitigen finanziellen Entwicklung der Bundesagentur für Arbeit sind Regelungen erforderlich, die die Finanzierbarkeit des Arbeitslosengeldes sichern. Die Bundesregierung hat 2006 die traditionelle Defizithaftung des Bundes gegenüber der Bundesagentur für Arbeit durch die Möglichkeit eines rückzahlbaren Darlehens ersetzt. Angesichts der bereits jetzt bestehenden Entwicklung ist eine solche Rückzahlung unrealistisch. Dies hat selbst die Bundesregierung eingesehen und beabsichtigt daher, die krisenbedingten Einnahmeausfälle durch einen Steuerzuschuss aufzufangen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für alle Anspruchsberechtigten befristet bis 2012 auf 24 Monate erhöht;
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Finanzbasis der Bundesagentur für Arbeit unverzüglich und nachhaltig stärkt. Darin ist insbesondere die 2006 abgeschaffte Defizithaftung des Bundes wieder einzuführen.

Berlin, den 10. November 2009

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

In ihrer Gemeinschaftsdiagnose gehen die Wirtschaftsinstitute aber davon aus, dass im nächsten Jahr die Arbeitslosenzahl um durchschnittlich 600 000 auf 4,1 Millionen Personen steigt.

Wer arbeitslos wird, erhält unter den derzeitigen Bedingungen in der Regel längstens zwölf Monate Arbeitslosengeld I. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans Böckler Stiftung fordert ein, die Rolle des Arbeitslosengeldes als Schutzschirm in der Krise zu stärken.¹

Im dritten Quartal des Jahres 2009 hat sich die Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit weiter deutlich verschlechtert. Dabei macht sich die Absenkung des Arbeitslosenbeitrages auf 2,8 Prozent bemerkbar, aber auch die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten nimmt seit dem Frühjahr tendenziell wieder ab. Bereits jetzt beträgt der Finanzierungsfehlbetrag 15,64 Mrd. Euro mit steigender Tendenz. Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit von Mai 2009 wird der Schuldenberg bis 2013 auf 55 Mrd. Euro anwachsen.

¹ WSI Diskussionspapier Nr. 167/August 2009